

# Jahreshauptversammlung 2019



[v. l.] Vorstandsmitglieder J. Rudolph, Dr. D. Hildebrandt, Referent B. Zentgraf und Vorstände C. Krebs, K. Stiernerling und D. Henkelmann

Zur Jahreshauptversammlung 2019 des H + G Göttingen e. V. erschienen – trotz großer Hitze – wieder so viele Immobilieneigentümer, dass der ASC-Clubsaal fast voll war.

Rechtsanwalt Dr. Dieter Hildebrandt, Fachanwalt für Miet- und WEG-Recht und Vorstandsvorsitzender des Vereins begrüßte die Anwesenden und begann mit dem Geschäftsbericht: „Im Jahr 2018 konnten wir wieder zahlreiche **Neueintritte** verzeichnen und wir haben die **3.000er-Grenze überschritten**. Mit so vielen Mitgliedern sind wir einer der größten Vereine Göttingens! Durch Ihre Empfehlungen wachsen wir auch ständig weiter, ganz herzlichen Dank dafür, liebe Mitglieder.“

Auch im letzten Jahr wurde der Zusammenhalt zwischen Mitgliedern, Mitarbeitern und dem Vorstand weiter verstärkt, vor allem durch die gemeinsame Teilnahme an den sehr beliebten **Mitgliederstammtischen**. Es konnten neue Einblicke gewonnen werden durch mehrere Themenstadtführungen, eine Fahrt mit dem Londonbus, Betriebsführungen

durch die Sartorius AG, eine Reise in die Vergangenheit zu dem Römern am Harzhorn und sogar eine Tagesreise nach Berlin auf Einladung des Herrn Fritz Güntzler, Mitglied des Bundestages. Herrn Güntzler konnten wir auch für einen Gastvortrag auf unserer Jahreshauptversammlung zum Thema Grundsteuer im letzten Jahr gewinnen.

Die Reform der Grundsteuer und die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge waren auch Themen unseres diesjährigen **Parlamentarischen Abends**. Es hat sich gezeigt, dass es derzeit keine politische Mehrheit für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Göttingen gibt, so dass unser Verein sich entschlossen hat, die Kampagne „Straßenausbaubeiträge stoppen – jetzt! einzuleiten.

„Auch die **Öffentlichkeitsarbeit** wurde im vergangenen Jahr erfolgreich fortgesetzt. Frau Et-Taib hat an zahlreichen Rats- und Fachausschusssitzungen teilgenommen und einen Großteil der Berichte für unser Mitteilungsblatt verfasst, wir haben zusammen im Göttinger Bündnis für bezahlbares Wohnen unsere

Expertise eingebracht und auf unserer Herbstveranstaltung konnten wir von Frau Stadträtin Petra Broistedt, Dezentin für Soziales und Kultur hören, wie erfolgreich das Bündnis bereits gearbeitet hat“ berichtete Dr. Hildebrandt weiter.

Ein Schwerpunkt des Vereines ist nach wie vor die **Rechtsberatung**. Rechtsanwalt Uwe Witting, Justiziar der Geschäftsstelle hat wieder hunderte persönliche und über 1.000 telefonische Beratungen durchgeführt. Außerdem wurden zahlreiche Ortstermine wahrgenommen. So konnten die Mitglieder bei allen Belangen rund um die Immobilie wieder nachhaltig im Alltag unterstützt werden.

Auch die vielfältigen weiteren **Dienstleistungen** rund um die Immobilie werden täglich vielfach in Anspruch genommen. Dafür sprach Dr. Hildebrandt den Mitarbeitern der Geschäftsstelle, namentlich Frau Tanja Franz und Frau Monika Langer herzlichen Dank aus. Großer Applaus der Anwesenden folgte.

Vorstandsmitglied Karsten Stiernerling verlas im Anschluss das Beschlussproto-

koll der Jahreshauptversammlung 2018, welches von den anwesenden Mitgliedern einstimmig genehmigt wurde.

Im Anschluss erläuterte Herr Schütz vom Steuerbüro Becker und Wieprecht den wieder **positiven Jahresabschluss** für das Jahr 2018, beantwortete kompetent die Fragen der Mitglieder und bot einen ebenfalls guten Ausblick auf das Jahr 2019.

Es folgte der Bericht der Kassenprüfer Henze und Menke, vorgetragen von Herrn Menke: „Dank Frau Franz aus der Geschäftsstelle war es möglich, in kurzer Zeit die Dutzenden von Ordnern in Stichproben einzusehen. Die Buchhaltung wird vorbildlich geführt. Es haben sich keinerlei Beanstandungen ergeben.“ Herr Reinhard Henze überreichte allen Mitarbeitern der Geschäftsstelle ein Geschenk als Anerkennung für hervorragende und stets engagierte Arbeit.

Der Jahresabschluss 2018 wurde einstimmig genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt.

Von der erfolgreichen Arbeit und dem Vertrauen der Mitglieder zeugte auch die anschließende einstimmige **Wiederwahl des Vorsitzenden Dr. Dieter Hildebrandt und des Beisitzers Karsten Stiernerling**. Beide nahmen die Wahl gern wieder an.

Es folgte der **Fachvortrag von Herrn Dipl.-Volkswirt Bernhard Zentgraf, Vorsitzender des Bundes für Steuerzahler Niedersachsen und Bremen e. V.** Der



Referent hob hervor, dass die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zunehmend an gesellschaftlicher Akzeptanz verliert und das bundesweit: „Die Straßenausbaubeiträge werden derzeit in vielen Bundesländern und Städten ersatzlos abgeschafft. Im Rahmen einer Volksinitiative wurden in NRW innerhalb von wenigen Wochen 460.000 Unterschriften gesammelt. Auch in unserer Landeshauptstadt Hannover wurde mehrere Jahre für die Abschaffung gekämpft. Dort wurde seitens der Politik mit großer Ankündigung ein 50-Millionen-Programm zur Straßensanierung angekündigt. Erst nach den Wahlen wurde klargestellt, dass ein Großteil der Kosten von den Immobilieneigentümern

getragen werden soll. Der Verdross in der Bevölkerung war so groß, dass sich immer mehr Widerstand formierte. Der Fehlweg der rotgrünen Mehrheit wurde schließlich durch deren Abwahl beendet. Kürzlich wurde die Straßenausbaubeitragssatzung („STRABS“) ersatzlos und rückwirkend zum 01.01.2019 in der Stadt Hannover abgeschafft. **Ein großer Erfolg für die Immobilieneigentümer und deren Verbündete**“, führte der Referent aus.

Im zweiten Schritt wird in Hannover dafür gekämpft, dass in ganz Niedersachsen auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verzichtet wird. Wer alles in unserer Gesellschaft von der ungerechten und unsozialen Erhebung betroffen ist, macht die Zusammensetzung der gegründeten Verbändeallianz deutlich: Hier haben sich starke Interessenvertreter, bestehend aus dem Haus & Grund-Verein Niedersachsen, dem Bund der Steuerzahler in Niedersachsen und Bremen e. V., dem Verband Wohneigentum Niedersachsen e. V., dem Deutschen Mieterbund Niedersachsen-Bremen e. V., dem DMB Deutschen Mieterbund Niedersachsen-Bremen e. V. und dem Landvolk Niedersachsen zusammengeschlossen und drängen den Landtag, der nur kleine Erleichterungen zugunsten der Anlieger verabschieden will, zur ersatzlosen Aufhebung der „STRABS“ mit dem Aufforderung „keine faulen Kompromisse!“.





Mitglieder (v.l.) Hr. Bornemann sen., Hr. Bornemann jun., J. Engelhardt

### Warum müssen die Straßenausbaubeiträge ersatzlos abgeschafft werden?

Die Beiträge werden ausschließlich von den Immobilieneigentümern/Anliegern verlangt. Das ist **ungerecht**, denn nicht nur diese nutzen die Straßen, sondern alle – Mieter, Pendler, LKW, der öffentliche Nahverkehr! Die Erhebung darf gemäß nach § 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes [NKAG] erfolgen, da die Anlieger, d. h. die Eigentümer, deren Grundstück an eine öffentliche Straße grenzt, einen besonderen wirtschaftlichen Vorteil von deren Erneuerung und Nutzung haben sollen. Dieses ist jedoch zu bestreiten. Gerade bei viel befahrenen Straßen kommt zu dem Umstand, dass die Anlieger diese im Vergleich am wenigsten nutzen, noch hinzu, dass sie unter dem Lärm und den Immissionen der Fahrzeuge leiden. Das ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesundheitlich kein Vorteil.

Die Erhebung der Beiträge ist außerdem **unsozial**: Die Erneuerung der öffentlichen Straßen ist Aufgabe der Stadt im Rahmen der Daseinsfürsorge und damit aus den allgemeinen Steuereinnahmen zu finanzieren. Die Städte vernachlässigen ihre Aufgaben und belasten stattdessen die Bürger. Das stößt auf Unverständnis und Widerstand.

Zudem sind die Beitragsforderungen teilweise **unkalkulierbar und hoch**. Die Bürger werden in der Regel nicht beteiligt und erhalten unerwartet Bescheide, mittels derer sie aufgefordert werden,

Beiträge in Höhe von vier- bis sechsstelligen Euro-Beträgen innerhalb von vier Wochen zu zahlen. Unangemessen belastet sind insbesondere junge Familien oder ältere Immobilieneigentümer – diese können die Kosten in der Regel nicht [mehr] über einen Kredit finanzieren. Rentner sind oft doppelt belastet, denn sie haben bei dem Bau ihres Hauses bereits Erschließungskosten bezahlt.

Außerdem ist für die Bürger überhaupt **nicht nachvollziehbar**, warum in einigen Bundesländern und vielen Städten keine Straßenausbaubeiträge, in anderen aber im erheblichen Maße erhoben werden. Teilweise wird in derselben Straße ein Eigentümer mit 85 % Kostenanteil herangezogen, der zweite mit 45 %, der Dritte

zahlt gar nichts. Das wird zunehmend als **Willkür** wahrgenommen. Hinzu kommt, dass die Erhebung und Einziehung der Beiträge mit erheblichem Verwaltungskostenaufwand, durchschnittlich 25 % der Beiträge, verbunden ist.

Herr Zentgraf schloss seinen Fachvortrag inklusive Bericht über die bundesweite Lage zum Thema „Straßenausbaubeiträge“ wie folgt: „**Liebe Immobilieneigentümer, freuen Sie sich, dass Sie einem Verein angehören, der aktiv in der Öffentlichkeitsarbeit ist** und jetzt eine Kampagne gegen die Beiträge startet. Leider findet sich derzeit noch keine politische Mehrheit, um die Straßenausbaubeiträge hier abzuschaffen. Im Wesentlichen wird das damit begründet, dass der Straßenausbau andernfalls nicht zu finanzieren sei. **Anders als andere Kommunen hat Göttingen jedoch keine leeren Kassen – im Gegenteil:** Der Haushalt der Stadt Göttingen steht ausgesprochen gut da. Wirken Sie aktiv mit und Ihre Initiative wird in Göttingen erfolgreich sein, dann wird die Straßenausbaubeitragsatzung auch hier fallen – früher oder später!“

Nach langem Applaus und einigen Fragen bedankte sich der Vorstandsvorsitzende Dr. Hildebrandt mit einem Präsent bei Herrn Zentgraf für die ausführlichen Sachinformationen und die praxisnahen



Interessierte Immobilieneigentümer im ASC-Clubsaal

Ausführungen sowie bei den Anwesenden für ihr zahlreiches Erscheinen und schloss die Jahreshauptversammlung 2019.

**P. S.:** Allein die - zweistufige - Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer von 530 auf 590 % hat ab dem Jahr 2013 Mehreinnahmen in Höhe von 2,7 Millionen Euro p. a. in die Kassen der Stadt gespült. Versprochen wurde den Bürgern - Vermietern und Mietern - öffentlich, dass die zweite Stufe der Grundsteuererhöhung [30% = 1,35 Mio. Euro p.a.] ab 2016 wieder zurückgenommen wird. Das ist nie erfolgt. Fast 4,8 Mio. Euro „Sondereinnahmen“ hat die Stadt bisher hieraus von den Bürgern kassiert. Das ist - gelinde ausgedrückt - grob unseriös. Zum Vergleich beliefen sich die Einnahmen der



Mitglieder Fr. Lagodny und Hr. Engehardt

Stadt aus den Straßenausbaubeiträgen im Durchschnitt von vier Kalenderjahren (2013 -2017) auf weniger als 500.000,00 € p. a. - und sind somit für Göttingens Haushaltslage nicht von großem Belang.

set  
Fotos: Robin Kreide [Seite 24],  
Ulrich Drees [Seite 25-27]

SANITÄR HEIZUNG  
**wienzek**  
...besser als gut

**Spritzige Bad-Ideen** 0551 34044  
 • Auswahl • Planung • Ausführung • Service  
 • Termintreue • Festpreisgarantie • faire Preise  
 • sämtliche Handwerksleistungen durch uns

Mobil 0170 342 40 44  
Rudolf-Diesel-Straße 16  
D-37075 Göttingen

**Erfolg ist eine Frage des richtigen Partners!**  
**Buderus** Wärme ist unser Element

[www.hug-goe.de](http://www.hug-goe.de)

**BAU ANLEITUNG** sommerfeld@bau-anleitung.de

**C. Sommerfeld**  
Kompetenz im Bestand  
Beratender Ingenieur für Bauwesen  
Sachverständiger für Bauschadensbewertung  
Energie-Effizienzexperte (KfW)  
Mitglied im Bundesverband Altbauerneuerung  
Tel. 0551 38 91 92 -97

**SKYLLS**  
WERBEAGENTUR

Werbung und Magazine aus Bovenden  
0551.307.39.860 ▶ info@skylls.de  
www.skylls.de

Ihr Partner

für Steildach  
Abdichtungen  
Bauklempnerei  
Fassaden

**Göttinger Bedachungsgeschäft**  
Gottlieb-Leimbach-Straße 9  
37079 Göttingen  
Telefon (05 51) 5 05 48-0  
Telefax (05 51) 5 05 48-48  
Internet: www.goettinger-bedachungsgeschaft.de  
E-mail: zentrale@goettinger-bedachungsgeschaft.de